

können. Tom hat große Probleme in der Handlungsplanung und wird durch komplexe Arbeitsaufträge – vor allem in unvorhersehbaren, offenen Situationen – massiv überfordert. Zudem scheint er ein starkes Bedürfnis nach klaren Strukturen und Rückzugsmöglichkeiten zu haben.

Ein weiterer massiver Angriff auf eine Lehrkraft im Kunstunterricht hatte nicht nur einen längeren Schulausschluss zur Folge, sondern ebenfalls eine stationäre Behandlung in einer Kinder- und Jugendpsychiatrie. Im Rahmen der kinder- und jugendpsychiatrischen Diagnostik wurde die Diagnose Asperger-Syndrom gestellt. Es wurde empfohlen, Tom anfänglich nur an drei Schultagen jeweils stundenweise zu beschulen. Mit zunehmender Belastbarkeit sollte sich die Beschulung sukzessive innerhalb von zwei Monaten auf die ganze Schulwoche steigern. Ihm wurde ebenfalls die Unterstützung eines Schulbegleiters zugesprochen, der ihn im schulischen Alltag und bei der Bewältigung herausfordernder Situationen unterstützen soll. Nach wenigen Tagen kam es trotz der Schulbegleitung zu ähnlichen Eskalationen im Unterricht. Um einen mittelfristigen Schulausschluss zu vermeiden, scheint es nunmehr unerlässlich, didaktisch-methodische Konsequenzen in der Strukturierung des Unterrichts, der methodischen Differenzierung und der Bereitstellung individueller Hilfen für Tom zu realisieren. Denn die Schule ist der Ort, an dem Tom die Hälfte seines Tages verbringt.

Es stellt sich hier nicht die Frage, wie lange diese Situation für alle Beteiligten haltbar ist und getragen wird bzw. wann eine Belastungsgrenze erreicht ist. Vielmehr steht die Frage im Raum, welche pädagogisch-didaktischen Möglichkeiten man als Lehrkraft umsetzen kann, um den Schulalltag sowohl für Tom als auch für die Lehrkraft selbst angenehmer zu gestalten. Wie kann also eine Umgebung geschaffen werden, in die sich Tom individuell einbringen und somit am Schulleben partizipieren kann?

Beispiel 2: Nina

Als Nina im Alter von 13 Jahren eines Tages nicht mehr nach Hause kam, meldete ihre Mutter ihre Tochter bei der Polizei als vermisst. Eine durch die Polizei initiierte Handyortung ergab, dass sich Nina in einem 40 Kilometer entfernten Ort aufhielt. Als Nina einen Tag später wieder nach Hause kam, behauptete sie erst mal, sie sei bei einer Freundin gewesen. Die Mutter ließ sie zunächst in Ruhe auf ihr Zimmer gehen und entschuldigte sie für den nächsten Tag in der Schule. Es stellte sich heraus, dass Nina seit einiger Zeit regelmäßig Kontakt zu einem viel älteren Mann hatte, den sie über eine »Dating-App« kennengelernt hatte. Beim ersten Treffen wurde sie von diesem zum Geschlechtsverkehr gezwungen. Im Rahmen einer polizeilichen Anhörung in den Tagen danach sowie nach einer ausführlichen Klärung der Situation durch das Jugendamt bestätigten beide Stellen, dass Nina vergewaltigt wurde; dies verifizierte sich auch im weiteren Verlauf der Klärung der Situation. Die Mutter stimmte zum Schutze von Nina einer stationären Unterbringung zu. Nina wurde erst einmal in einer Mädchengruppe untergebracht. Nina gab dort an, dass sie sich mindestens zwei-

mal mit diesem Mann getroffen habe und meinte zunächst auch, dass sie mit ihm einvernehmlichen Geschlechtsverkehr gehabt habe. Weiteren Berichten des Kinder- und Jugendpsychiatrischen Dienstes zufolge war erkennbar, dass Nina den Täter aufgrund eines emotionalen Abhängigkeitsverhältnisses idealisierte. Sie beschrieb die Treffen eher aus der Perspektive einer Beobachterin, außerdem gab sie an, dass sie große Erinnerungslücken habe. Zum Jahresende wurde der Täter zu einer Straftat verurteilt. Im Rahmen des Hilfeverlaufs gelang es Nina, zu erkennen, dass der Täter für sein gesetzeswidriges Verhalten bestraft werden musste. Nina wurde schließlich in die intensivpädagogische Wohngruppe einer Jugendhilfeeinrichtung überführt. Dort zeigte Nina – mehreren Berichten zufolge – deutliche grenzüberschreitende und regelverletzende Verhaltensweisen, die teilweise von der Mutter geduldet und toleriert wurden. Im Einvernehmen mit allen Beteiligten wurde Nina Mitte des Jahres 2015 entlassen. Die Zeit danach war vor allem geprägt durch einen ständigen Wechsel zwischen der stationären Unterbringung in einer Jugendhilfeeinrichtung als auch der Unterbringung in einer Kinder- und Jugendpsychiatrie. Während der Zeit der stationären Unterbringung ereigneten sich wiederholende Vergewaltigungserfahrungen mit anderen älteren Männern, die sie teilweise über andere Bekannte im Bahnhofsmilieu kennenlernte. Nach eigener Aussage begab sich Nina gezielt in Situationen mit Männern, die von einem solchen straffälligen Verhalten gefährdet waren. Des Weiteren begab sich Nina mehrfach in eskalierende Situationen mit der Polizei, in denen sie in Handschellen zur Einrichtung abgeführt wurde. Bis zu fünf Beamte waren zur Sicherstellung einer kontrollierten Situation notwendig. Diese Eskalationsprozesse gipfelten in mehreren Suizidversuchen in der Öffentlichkeit.

Neben der Betrachtung der außerschulischen Situation ist im Rahmen dieses Buches vor allem die Berücksichtigung der schulischen Situation von Nina bedeutsam. Die Schule spielt in Ninas Leben, besonders nach der ersten Vergewaltigung, eine besonders herausfordernde Rolle. Über mehrere Jahre hinweg sammelte Nina unterschiedliche Mobbing- bzw. Bullyingerfahrungen. Klassenmitglieder fanden beispielsweise freizügige Bilder von Nina im Netz (die sie dort selbst eingestellt hatte) und teilten diese mit anderen. Von dieser Situation ausgehend entwickelte Nina Schulängste, die unter anderem dazu führten, dass sie nur noch selten die Schule besuchte. Die Schulversäumnisse häuften sich. Des Weiteren zeigte Nina in diesem Zusammenhang massiv störende Verhaltensweisen, die mit Suspendierungen seitens der Schule sanktioniert wurden. Erst im Laufe des diagnostischen Prozesses wurde durch die Gutachter eine Befreiung von der Schulpflicht initiiert, da der Schulbesuch einen zusätzlichen Stressor für Nina darstellte und zur Entstehung von eskalierenden Situationen beitrug. Schulleistungen und andere schulische Anforderungen hatten in diesem Zusammenhang keine Bedeutung mehr, da Nina zu sehr mit ihrer mittlerweile entstandenen Schulangst/Schulphobie beschäftigt war und sich auf Anforderungen der Schule nicht mehr einlassen konnte. Der Lebensraum Schule war für Nina sehr negativ besetzt. Diese Angst und die daraus entstehenden Folgen zeigen sich auch in dieser beschriebenen Szene: In einer Situation wurde Nina seitens der Mitarbeiter der

Jugendschutzstelle morgens zum Schulbesuch aufgefordert. Dieser Aufforderung ging Nina jedoch nicht nach, sie reagierte mit Flucht aus der Einrichtung. Dabei kündigte sie einen Suizidversuch an und informierte mit ihrem Handy eine gute Freundin über diesen Plan. Nina versuchte sich tatsächlich selbst zu töten, indem sie einen Suizidversuch auf einer Bahnstrecke wählte. Sie blockierte die Bahnstrecke zwischen zwei Orten und legte den kompletten Schienenverkehr der Region lahm. In der Zwischenzeit wurden bereits die Polizei, die Deutsche Bahn AG sowie der Notdienst verständigt. Das Eingreifen der Sanitäter und der Polizeibeamten forderte Nina heraus, da sie mit ihr in die Konfrontation gingen, und Nina wurde deshalb direkt zur Krisenintervention in der Kinder- und Jugendpsychiatrie aufgenommen. Diese Szene zeigt nur eine Beispielsituation, in der sich Nina selbst in Gefahrensituationen begab, und anhand der das Muster deutlich wird, dass sie glaubt, dass nur sie selbst sich retten kann. Sowohl die Eskalationssituationen mit der Polizei als auch die eskalierenden Reaktionen von Nina auf die Anforderung zur Schule zu gehen, zeigen, welche Bewältigungsstrategien und Handlungsmuster Nina entwickelt hat, damit die einzelnen Situationen für sie selbst kontrollierbar sind.

Die Frage, die sich aus der Beschreibung der Hilfekarriere von Nina aus schulischer Perspektive nun stellt, ist, wie sich Nina wieder auf die Schule einlassen kann. Wie kann Schule wieder einen einigermaßen sicheren Ort für Nina darstellen und welche Formen einer kleinschrittigen Rückführung an den schulischen Kontext könnten dabei helfen? Wie muss sich Schule bzw. müssen/können sich die Lehrkräfte verhalten und mit erneut auftretenden Eskalationssituationen umgehen? Wie im weiteren Verlauf des Buches deutlich wird, muss dabei sowohl der übergeordneten Frage nachgegangen werden, welche Bedingungen geschaffen werden können, damit Nina sich wieder sicher im schulischen Kontext fühlt, als auch, welche Aspekte dazu beitragen können, damit sich Lehrkräfte (emotional) sicher im Umgang mit Ninas Situationen fühlen.

2. Projekte für Schüler mit besonderem Unterstützungsbedarf

Nach der Vorstellung der Fallgeschichten soll nun an dieser Stelle – gemäß der Richtung unseres Buches »vom Konkreten zum Abstrakten« – beispielhaft auf besondere schulische Modelle und Projekte eingegangen werden, die sich mit den Bedürfnissen und Erfordernissen von als besonders auffällig zu beschreibenden Kindern und Jugendlichen befassen. Zwei dieser Projekte wurden von einem der Autoren wesentlich mitentwickelt und begleitet, das dritte Projekt lernte ein Mitglied des Autorenteam während eines internationalen Forschungsaufenthaltes in Großbritannien kennen. Alle drei Projekte sind als Beispiele zu verstehen, die aber viele Anregungen für regions- und schulbezogene Veränderungen anstoßen können.

2.1 Ein Netzwerkprojekt für eine tragfähige Schule im Sozialraum

2010 durfte einer der Autoren ein Projekt initiieren, begleiten und am Ende auch evaluieren, welches in einem besonderen Maße »Schule« als Ausgangspunkt einer sozial-räumlichen Jugendarbeit nutzte. Durch dieses Projekt haben sich in den beiden beteiligten Schulen höchst spannende Veränderungsprozesse ergeben, gerade in Bezug auf den Umgang mit Schülern mit sozial-emotionalen Belastungen und massiv störenden Verhaltensweisen. Dieses Projekt wurde unter dem Arbeitstitel »Bildungsnetzwerk« ein halbes Jahr lang angebahnt, dann zwei Jahre lang umgesetzt und anschließend evaluiert. Insofern handelt es sich um ein gutes Beispielprojekt für komplexe schulische Veränderungsprozesse, zumal seine Effekte aufgrund der sehr ausführlichen Evaluation gut beschreibbar sind.

In einer sehr ländlich geprägten Region hatten verschiedene Faktoren dazu geführt, dass zwei benachbarte Kooperative Gesamtschulen (KGS) – Schulen, die im Sekundarbereich I die Schulzweige Hauptschule, Realschule und Gymnasium unter Nutzung verschiedener Kooperationsfächer unter einem Dach vereinen – in eine Reihe schwieriger Situationen mit ihrer Schülerschaft geraten waren. Als genereller Besonderheitsfaktor sei genannt, dass im Einzugsbereich der beiden Schulen gleich zwei größere Jugendhilfeeinrichtungen mit mehreren Wohngruppen angesiedelt waren, so dass insgesamt eine, für ländliche Regionen eigentlich nicht so typische, Ballung von jungen Menschen in sozialen Problemlagen vorzufinden war.

An einer der Schulen häuften sich massiv Vorfälle mit Drogen. Der Schulhof war als überregionaler Umschlagplatz für verbotene Substanzen bekannt geworden, der bis in die späten Abendstunden hinein hoch frequentiert war. Parallel dazu wuchsen an beiden Schulen, vermutlich durch Kontakte der Schülerschaft untereinander, Spannun-

gen zwischen den Schülern des Hauptschulzweiges und den Schülern der anderen beiden Schulzweige, bei denen es zu mehrfachen Gewaltvorfällen kam, die vonseiten der Schüler der gymnasialen Zweige als »Wir lassen uns nichts mehr gefallen!« erklärt und begründet wurden. Für großes Medienaufsehen sorgte schließlich ein Vorfall, bei dem zwei Schüler in alkoholisiertem Zustand den Eingangsbereich und den Schulkiosk der einen Schule völlig verwüsteten und einen fünfstelligen Sachschaden anrichteten. Die betroffene Schule erklärte anschließend, nicht über die psychischen Auffälligkeiten dieser Schüler informiert worden zu sein, obwohl diese bekannt waren.

Die verschiedenen Vorfälle ereigneten sich genau in der Zeit, in der vonseiten der Landesschulbehörde die Forderung nach konzeptionellen Überlegungen aufkam, wie die örtlich ansässige Förderschule mit dem Schwerpunkt Lernen den Ansatz der Inklusion auch in den Sekundarbereich I hineinragen und ihre eigene Oberstufe auflösen könne (im Grundschulzweig hatte sie bereits keine eigenen Klassen mehr). Dieser bevorstehenden »Mehrbelastung« durch vermeintlich schwierige Schüler sahen die beiden Gesamtschulen angstvoll entgegen und versuchten verständlicherweise, sie abzuwehren.

Was sich in dieser Situation deutlich abzeichnete, war das in solchen Krisensituationen recht typische Hin- und Herschieben von Verantwortungen und Zuständigkeiten (Baumann 2016a), welches nach dem Vandalismusvorfall öffentlich in den örtlichen Medien ausgetragen wurde. Die Schulen verwiesen auf die Notwendigkeit einer besseren psychiatrischen Versorgung von als »psychisch erkrankt« bezeichneten Kindern und forderten die Jugendhilfe auf, ihrer Verantwortung in der Versorgung unbeschulbarer Kinder durch Schulersatzmaßnahmen nachzukommen. Die Jugendhilfe sah dagegen keine Verantwortung für den Schulvormittag und verwies an das sonderpädagogische Förderzentrum und die Landesschulbehörde. Das Förderzentrum wiederum forderte mehr Schulbegleiter, da ihre Sonderpädagogen zwar beraten, nicht aber in jeder Situation dabei sein könnten; die Leitung des Förderzentrums nutzte dabei unermüdlich die Gelegenheit, auf die massive Unterversorgung mit qualifizierten Sonderpädagogen hinzuweisen, die deshalb ihrem Auftrag nicht gerecht werden könnten. Alle waren sich einig, die Verantwortung aufseiten der Politik zu sehen: Die Gemeinde als Schulträger verwies jedoch auf den Landkreis, der allerdings nicht sich, sondern den Schulträger und natürlich das Land in der Verantwortung sah.

In einem Krisengespräch zur aktuellen Situation verständigten sich die Beteiligten dann darauf, gemeinsam ein Projekt zu entwickeln, um die Situation an den Schulen gerade in Bezug auf die schwierigen Schüler und die schwierigen Prozesse zwischen den Schülergruppen und im Sozialraum durch pädagogische Maßnahmen zu stabilisieren. Das Projekt sollte mit einer Sozialraumanalyse beginnen, um sich einen Überblick über die aktuelle Situation der Jugendarbeit in der Region zu verschaffen. Von dort ausgehend sollten dann Strategien zur Weiterentwicklung der pädagogischen Handlungsmöglichkeiten im Sozialraum entwickelt werden.

Die Sozialraumanalyse förderte als Ergebnis die Hilfslosigkeit aller beteiligten Akteure den aktuellen Entwicklungen gegenüber zutage. Neben dieser Hilfslosigkeit wur-